



ASIP e.V
Junge Europäische Bürgerinitiative
Hölderlinstr. 1A
76131 Karlsruhe

Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

28.04.2019

Sehr geehrter Herr Özgül,

hier unsere Antworten zu Ihren Fragen im Rahmen der Europawahl 2019:

Frage 1: Was wird Ihre Partei tun um dem Europa-Parlament mehr Macht zu geben?

Wir werden darauf drängen, aus dem Europa-Parlament endlich eines mit dem Recht der Abgeordneten zu machen, eigenständig ohne Rückgriff auf die EU-Kommission Initiativen einbringen zu können.

Der europäische Gesetzgebungsprozess ist weiterhin geprägt von Intransparenz, Partikularinteressen und Hinterzimmer-Deals. Das gilt insbesondere für die Entwicklung von Legislativvorschlägen in der Kommission sowie im Rat. Wir fordern daher die Offenlegung jeglicher Korrespondenz mit und Einflussnahme von Interessenverbänden und Lobbyisten auf den europäischen Gesetzgebungsprozess. Ziel ist es, somit den demokratischen Prozess zu schützen und die Grundlagen von Entscheidungen transparent zu machen. Denn die Macht muss im demokratisch gewählten Parlament liegen, nicht in der Hand von Lobbygruppen, insbesondere aus der Wirtschaft.

Frage 2: Wie kann Diskriminierung gegen Musliminnen und Muslime in der EU abgebaut werden und wie kann ihre politische Teilhabe auf kommunaler, nationaler und EU Ebene gestärkt werden?

Bildung und Aufklärung, inklusive Partizipation, sind die Basis, um Diskriminierung in unserer Gesellschaft abzubauen. In vielen Ländern läuft alles noch ehrenamtlich. Das soll auf institutioneller Basis umgesetzt werden in ganz Europa mit fester Finanzierung.

**Bundesgeschäftsstelle der
Piratenpartei Deutschland**
Telefon:
+49 30 2757 2040
Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:
GLS
Gemeinschaftsbank eG
IBAN DE36430609677006027900
BIC GENODEM1GLS

Das Wahlrecht muss vom Staatsbürgerrecht hin zum Wohnort als Zulassungskriterium geändert werden. Wer hier Steuern zahlt, muss auch das Recht haben, über dessen Verwendung auf allen Ebenen nach den gleichen Regeln mitzubestimmen, wie dies für die aktuell Wahlberechtigten Voraussetzung ist.

Frage 3: Über die außenpolitische Bedeutung der EU: Wie geht es weiter im Verhältnis USA - Europa und Großbritannien - Europa?

Die EU muss sich auch außenpolitischen weiter entwickeln. Dazu gehört auch in der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme zu sprechen. Um dieses Ziel zu erreichen muss noch viel Vertrauen zwischen den unterschiedlichen EU-Partnern aufgebaut werden. Reformen der europäischen Institutionen können helfen, dieses Vertrauen zu schaffen.

Das Verhältnis USA - Europa ist seit Jahrzehnten eine Beziehung aufgrund gegenseitiger wirtschafts- und sicherheitspolitischer Interessen. Dass dies auch zukünftig nicht wesentlich anders sein wird, wird sich spätestens mit der Neuwahl des US-Präsidenten ändern. Denn diese das langfristige Überleben sichernde Zusammenarbeit wird auch einen Präsidenten überdauern, der fragliche und populistische Entscheidungen trifft.

Großbritannien ist auch nach einem Brexit ein Teil von Europa. Auch sind wir überzeugt, dass mittel- bis langfristig Großbritannien oder zumindest Teile wie Schottland wieder Teil der EU werden. Die Vorteile der Europäischen Union überwiegen einfach zu stark. In der Zwischenzeit ist ein Brexit selbstverständlich ein Dämpfer für die Europäische Wirtschaft. Eingespielte Handelskreisläufe geraten schon jetzt ins stocken. Diese Situation wird sich insbesondere bei einem No-Deal-Scenario weiter verschlimmern.

Frage 4: Ist eine erfolgreiche Außen- und Sicherheitspolitik der EU mit einem einheitlichen Auftritt gegenüber Drittstaaten erstrebenswert und möglich?

Wir PIRATEN fordern Transparenz bei europäischen Entscheidungen auch im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik. Gerade bei Militäreinsätzen bedarf es einer besonderen demokratischen Kontrolle. Da die derzeitigen Strukturen der EU weit von einer angemessenen demokratischen Einflussmöglichkeit entfernt sind, sind wir derzeit gegen eine aktive Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), entsprechend auch gegen eine Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat, insbesondere was den Einsatz von bewaffneten Kräften im Ausland betrifft. Wir sind davon überzeugt, dass ein Bundestagsbeschluss als notwendige Bedingung für Einsätze von Bundeswehrsoldaten im Ausland keinesfalls wegfallen darf.

Eine gemeinsame, auf demokratischen Fundamenten fußende, europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sein. Sie soll sich nicht an nationalen Einzelinteressen orientieren, sondern die Bedürfnisse aller Menschen im Blick haben.

Frage 5: Was sind Ihre Vorschläge für einen nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz?

Wir unterstützen die von der EU erklärten Ziele und Prinzipien zum Schutz von Wasser, Luft, Boden, natürlicher Umwelt und Rohstoffen im Interesse unserer Gesundheit und unseres Wohlbefindens. Wir sind uns auch darin einig, dies nachhaltig zu tun, indem wir wirtschaftliche, soziale und regionale Aspekte berücksichtigen und verantwortungsvoll gegenüber zukünftigen Generationen und dem Tierschutz handeln.

PIRATENPARTEI
Deutschland

Wir wollen weiterhin eine schnellstmögliche, komplette Umstellung auf erneuerbare Energien an. Dies betrifft insbesondere die Stromerzeugung, den Verkehr und die Wärmeerzeugung. Der Verbrauch der fossilen Energieträger wie Kohle, Erdöl, Erdgas und auch Kernenergie belastet unsere Gesundheit und unseren Lebensraum zunehmend und führt zu hohen Risiken. Ein Umstieg auf Erneuerbare Energien ist ein dagegen ein großer volkswirtschaftlicher Gewinn und wird deshalb auch die Bürger finanziell entlasten. Die aktuellen Klimaziele der EU sind für uns Minimalziele. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU bis zum Jahr 2030 mindestens 60% des Treibhausgasausstoßes im Vergleich zum Jahr 1990 reduziert.

Unser Ziel ist außerdem eine gesunde Nahrungsmittelgewinnung. Wir befürworten das starke Gewicht der europäischen Kommission für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, wenn sie als Anwalt für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen eintritt.

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Ganskow
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine
